Nr. 284 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 20. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Umsturz in Griechenland

Das Gewaltregiment Venizelos ist tatsächlich vollständig zusammengebrochen, und dessen Träger hat nicht nur sein Amt bereits niedergelegt, sondern auch die griechische Residenz in Richtung Nizza verlassen. Er fühlt sich offenbar in Athen nicht mehr sicher und gibt — wenigstens vorläufig — sein Spiel verloren. Das endgültige Wahlergebnis bestätigt seine vollkommene Niederlage:

Ⓢ Zürich, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Agentur Stefani meldet aus Athen: Das Gesamtergebnis der Wahlen lag Donnerstag vormittag vor. Es ist noch günstiger für die Royalisten, als bisher angenommen wurde. Insgesamt sind 255 royalistische Delegierte (Konstitutionelle) gewählt gegenüber 105 Venizelisten und zehn Wilden.

Inzwischen hat sich die Bildung der neuen Regierung vollzogen, die auch schon in ihre Rechte eingetreten ist:

) Athen, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Rhallis hat gestern dem Regenten den Treueid geleistet und den Auftrag der Kabinettsbildung ausgeführt. Das Kabinett besteht aus folgenden Mitgliedern: Vorsitz, auswärtige Angelegenheiten und vorläufig Justiz: Rhallis; Krieg: Gunaris; Finanzen: Gallo Percupulos; Marine und vorläufig Ernährung: Jean Rhallis; Inneres und vorläufig Verkehr: Zaldaris; öffentlicher Unterricht und Wohlfahrt: Zaimis; Volkswirtschaft und vorläufig Landwirtschaft: Mavromichalis. Die Kabinettsmitglieder werden der Königin Olga den Treueid leisten.

Ueber seine nächsten Ziele läßt sich der neue Ministerpräsident auch schon folgendermaßen vernehmen:

Ⓢ Paris, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Rhallis hat über die von ihm beabsichtigte Politik folgende Erklärungen abgegeben: Ich bestreite auf das energischste, prodeutsche Absichten zu haben, was auch bei einem Volk, das sich sehr offen für die Sache der Alliierten eingesetzt habe, ausgeschlossen wäre. Die Mehrheit der Gegner von Venizelos im neuen Parlament wünscht in bezug auf die auswärtige Politik absolut keine Aenderung.

Man hat allerdings zu bedenken, daß diese Worte durch das Filter der französischen Depeschenwerkstätten gegangen sind und anscheinend ein Destillat nach französischem Wunsch darstellen. Das französische Prestige im Orient soll keine Blöße erhalten. Aus ähnlichen Beweggründen läßt sich das „Echo de Paris" aus Athen melden, daß die Führer der Royalisten auf die Rückberufung König Konstantins auf den Thron aus Rücksicht auf die Entente verzichten wollen. Sie sollen beschlossen haben, dem Kronprinzen den Thron anzutragen. Die Führer der Antivenizelisten haben mehreren englischen und französischen Journalisten erklärt, die Kammer sei die einzige verfassunggebende Gewalt und müsse in aller Kürze einberufen werden. Die Kammer werde sich dann über die Thronfolge aussprechen. Die Entscheidung werde sodann einer Volksabstimmung unterbreitet werden.

Frankreich scheint also der Gefügigkeit der neuen griechischen Regierung nicht so ganz sicher zu sein, wie es offiziell seinen Staatsbürgern gern einreden möchte, denn es fürchtet die schwankende Haltung Englands, die auch aus einem Leitartikel der „Times" herauszulesen ist: Sie schreiben: Die Alliierten würden es vielleicht nicht für raisam halten, die Rückkehr des Königs Konstantin durch physische Kraft zu verhindern. Seine Abdankung sei und bleibe jedoch für sie endgültig.

In Griechenland aber ist alles schon in Feststimmung in der Erwartung der Rückkehr des Königs aus seinem Schweizer Asyl:

Ⓢ Zürich, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Der „Secolo" meldet aus Athen: Unbeschreiblich ist die Erregung in Erwartung der Ankunft König Konstantins. Seine Ankunft wurde fälschlich für Mittwoch angesagt. Abertausende von Menschen harrten stundenlang im Piräus auf die Ankunft des italienischen Postdampfers. Vor dem königlichen Palais fanden Tag und Nacht Umzüge und Huldigungen für den König statt. Der „Corriere della Sera" meldet: Die Entscheidung der Alliierten gegen König Konstantin kann zur Revolution und zum Bürgerkrieg in Griechenland führen.

König Konstantin selbst aber scheint sich seines Rechtes vollkommen sicher zu fühlen. Für ihn gibt es keine andre Lösung der Frage mehr als seine erneute aktive Mitwirkung an der Zukunft Griechenlands. Man meldet uns darüber:

Ⓢ Paris, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) König Konstantin hat in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Petit Parisien" in Luzern festgestellt, daß die Wiederherstellung seiner Dynastie in Griechenland zur Selbstverständlichkeit geworden sei und daß auch die Personenfrage keine Rolle mehr spiele. Er erklärte namentlich, es werde vergebliche Mühe sein, den Kronprinzen gegen ihn auszuspielen. Der Kronprinz werde auf jeden Versuch, König Konstantin zu beseitigen, die gleiche Antwort geben wie Prinz Paul. König Konstantin hält also daran fest, daß die Krone nur ihm zukomme.

Die nahe Zukunft wird es erweisen, ob der unentwegte starke Wille eines Volkes auch heute noch über Machturteile fremder Potentaten zu triumphieren vermag, wenn ihm das Recht zur Seite steht, wie den Anhängern Konstantins in Griechenland.

Die Völkerbundstagung

Aus Genf wird uns über die gestrige Sitzung des Völkerbundes gedrahtet:

Nach Bestellung der sechs Kommissionspräsidenten der Versammlung wurde auf Tittonis (Italien) Vorschlag Bundespräsident Motta unter langanhaltendem Beifall zum Ehrenpräsidenten der ersten Völkerbundsversammlung gewählt. Motta erklärte sich zur Annahme bereit.

Bei der Aussprache über den Bericht des Generalsekretariats erstattete Nansen Bericht über die Heimbeförderung der 250 000 bis 300 000 Kriegsgefangenen aus den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches, von denen sich 40 000 in Ostsibirien, 20 000 im Kaukasus und Turkestan und die Mehrzahl in Südrußland befänden. Dank der loyalen energischen Mitarbeit der deutschen Behörden, aber auch dank der Hilfe der Sowjetregierung sei es gelungen, statt der erwarteten 100 000 bereits 180 000 Gefangene heimzuschaffen. Auf große Schwierigkeiten stoße namentlich die Heimschaffung der in Ostsibirien befindlichen Gefangenen, insbesondere auch darum, weil namentlich die Mittelmächte nicht die nötigen Mittel hätten, um die für die lange Reise notwendigen Schiffe zu liefern.

Präsident Hymans teilte sodann die Namen der direkt von der Versammlung gewählten Vizepräsidenten mit. Gewählt wurden Ishii (Japan), Karnebeek (Holland), Puenrredon (Argentinien), Benesch (Tschecho-Slowakei), Foster (Canada) und Octavia (Brasilien).

•

Eine neue Erklärung Lloyd Georges

⊙ **London**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Lloyd George erklärte im Unterhause bei der Erörterung der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund u. a.: Der Regierung ist nicht bekannt, daß die französische Regierung ihren Vertretern im Völkerbund die Instruktion gegeben habe, sich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu widersetzen. Die Frage der Zulassung Deutschlands ist überhaupt einer gemeinsamen Prüfung durch die beiden Regierungen bisland nicht unterzogen worden.

•

Die englischen Arbeiter und der Völkerbund

⊙ **London**, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Vollzugsausschuß der englischen Arbeiterparteien trat in einem Beschlusse dafür ein, daß die Gesuche Oesterreichs und Bulgariens um Aufnahme in den Völkerbund mit Wohlwollen aufgenommen werden und daß man Maßnahmen treffen soll, um Deutschland, Rußland und die Türkei ebenfalls in den Völkerbund aufzunehmen.

•

Ein Unfall Bourgeois'

s. **Genf**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Während der gestrigen Verhandlungen brach Leon Bourgeois zusammen und mußte aus der Sitzung nach Hause gebracht werden. Bourgeois ist Vorsitzender der Kommission, die die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit behandeln soll.

•

Argentinien und Deutschland

✕ **Genf**, 19. November. In der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrates teilte der argentinische Vertreter Pueyredon die zwischen Argentinien und Deutschland in der U-Boots-Frage gewechselten Noten mit und erklärte, daß Deutschland sein Versprechen, die internationalen Völkerrechtsregeln zu befolgen, eingehalten habe. Die deutschen U-Boote hätten sogar entsprechend der gegebenen Zusage die argentinischen Schiffe in der Sperrzone respektiert.

•

Ein Glückwunsch Wilsons

✕ **Washington**, 19. November. Wilson hat an Hymans ein Telegramm gesandt, in dem er bittet, der Völkerbundsversammlung seine persönlichen Glückwünsche zu übermitteln. Wilson wünscht, daß die Arbeiten der Versammlung der ganzen zivilisierten Welt zum Wohle gereichen möchten.

•

Lloyd George spricht zur Abrüstungsfrage?

Ⓢ **Genf**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Völkerbundstagung wird frühestens am Montag in die große politische Debatte eintreten. An diesem Tage wird die Frage der internationalen Abrüstung auf der Tagesordnung stehen. Man erwartet, daß Lloyd George zu der Abrüstungsfrage und über die allgemeine politische Lage sprechen wird.

•

Das Schicksal Danzigs

✕ **Danzig**, 19. November. Heute ist hier von den Danziger Delegierten in Genf folgendes Telegramm eingegangen: Mittwoch abend hat der Rat des Völkerbundes die Verfassung genehmigt unter der Bedingung der Abänderung in acht Nebenpunkten. Außerdem muß die Verfassung die Bestimmung enthalten, daß die freie Stadt Danzig nicht als militärische oder Marinebasis dienen darf und keine Festungswerke errichtet werden. Ferner ist entschieden, daß Polen gegebenenfalls vom Völkerbund den Auftrag erhält, die Verteidigung der freien Stadt zu sichern. Die ständige Militärkommission ist beauftragt, Maßnahmen zu prüfen, um Danzigs Verteidigung möglichst wirksam zu sichern.

✕ **Paris**, 19. November. Die Botschafterkonferenz beschloß, daß die noch in Danzig befindlichen englisch-französischen Truppen demnächst die Stadt verlassen sollen. Es wurde eine französisch-italienisch-britische Kommission eingesetzt, um gemäß Artikel 107 des Friedensvertrages zwischen Polen und der freien Stadt Danzig die Auseinandersetzung in bezug auf die dem Deutschen Reiche oder den deutschen Staaten gehörigen Güter vorzunehmen.

•

Eine politische Verstimmung

+ **Köln**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie schon gemeldet, hatte der britische Kommissar in Köln von einem Zusammentreffen mit Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Dr. Simons auf Anordnung der interalliierten Kommission in Koblenz Abstand genommen. Dazu schreibt nun die „Rheinische Zeitung": „Diese strikte Erklärung ist nach unsrer Information nicht ganz genau. Es bestand die Absicht einer Zusammenkunft zwischen dem Reichsminister und dem britischen Kommissar im Rathaus zu Köln. Im letzten Augenblick lehnte der Kommissar ab und begründete dies mit der letzten Rede Minister Kochs im Reichstag. Leider ist diese Verstimmung nicht auf den britischen Kommissar in Köln beschränkt geblieben. Man glaubt auch eine merkliche Entfremdung der Rheinlandkommission in Koblenz beobachtet zu haben. Der Chef der Rheinlandkommission Tirard soll die geplante Reise nach Berlin aufgegeben oder doch verschoben haben. Da das Stenogramm der Rede Kochs noch nicht im Druck vorliegt, können sich die Vorgänge in Köln und Koblenz nur auf unvollkommene Zeitungsberichte stützen. Eine längere Dauer dieser Verstimmung kann jedoch für keinen der Beteiligten von Nutzen sein."

•

Um Eupen und Malmedy

+ **Köln**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Einer vom Reichsminister Dr. Simons in Aachen geäußerten Auffassung entsprechend, denkt die deutsche Reichsregierung keinesfalls daran, die Frage Eupen-Malmedy ruhen zu lassen. Vorläufig ist Anfang dieser Woche eine zweite Note in dieser Frage an das Generalsekretariat des Völkerbundes abgegangen. Die deutsche Regierung steht schon aus formalen juristischen Gründen auf dem Standpunkt, daß nicht der Völkerbund, sondern die Völkerbundsversammlung die zuständige und zur Entscheidung dieser Frage nach dem Versailler Vertrag einzig zulässige Instanz sei.

•

Die Konferenz in Brüssel

△ **Brüssel**, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Sachverständigenkonferenz in der Frage der deutschen Entschädigung wird im Laufe des Dezember, und zwar unter dem Vorsitz von Delacroix stattfinden.

•

Das letzte deutsche Luftschiff

✕ **Königsberg**, 19. November. Heute verläßt „L 72", das letzte deutsche Kriegsluftschiff, den Hafen Seerappen (Ostpreußen), um von seiner Besatzung zunächst nach Stolp in Pommern gebracht zu werden. Dort füllt das Luftschiff frisches Gas auf und wird in einigen Tagen von einer Zivilmannschaft nach Italien übergeführt. Auch die große Luftschiffhalle in Seerappen, die zwei Zeppelinen Unterkunft gewähren konnte, wird abgebrochen und wahrscheinlich in Mailand wieder aufgebaut werden.

•

Wrangels Heer

Gegen 20 Schiffe, beladen mit Flüchtlingen und Kranken, sind aus der Krim in Konstantinopel eingetroffen. Nur die Kranken und Verwundeten, deren Zahl auf ungefähr 5000 geschätzt wird, dürfen landen. Man weiß noch nicht, wohin Wrangels Heer geschafft wird. Drei russische Kreuzer sind eingelaufen, andre Schiffe werden erwartet.

Die Sowjetregierung sieht die Hilfsaktion für Wrangel als feindseligen Akt an, wie nachstehende Meldung beweist:

✕ **London**, 19. November. Tschitscherin hat ein Telegramm an Curzon gerichtet, in dem er sagt: Uns ist die Nachricht zugegangen, daß die Absicht bestehe, englische Schiffe zu benutzen, um Wrangels Heer aus der Krim wegzuführen. Unleugbar drückt die Teilnahme der britischen Marine an der Bewegung der Aufständischen, die gegen Rußland gekämpft haben, eine feindliche Haltung der britischen Regierung gegenüber der russischen Sowjetregierung aus, die wir mit allen Maßnahmen bekämpfen werden.

Es scheint, daß England und Rußland im Südosten Europas doch noch zusammengeraten, was auch die gestrige Note Tschitscherins an England über das Schicksal Batums voraussehen läßt.

•

Neue Kämpfe an der polnisch-russischen Front?

Ⓢ **Rotterdam**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Die „Morning Post" meldet aus Riga: An der polnisch-russischen Front haben die offenen Feindseligkeiten von beiden Seiten wieder begonnen. Die Polen überschritten die Beresina und griffen Bobruisk und Borissow an. Beide Städte sind von den roten Truppen geräumt.

•

Eine Erklärung Lenins

s. **Zürich**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Moskauer „Prawda" meldet: Im Großen Rat der Sowjets gab Lenin bekannt, daß der Feldzug gegen Wrangel für beendet anzusehen sei. Die Rote Armee werde schon im gegenwärtigen Augenblick gegen die Banden Petljuras konzentriert. Die neue Offensive gegen die Ukrainer sei im Gange.

•

Der Kampf um Wilna

□ **Warschau**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Die litauischen Truppen setzten ihren Vormarsch fort und befinden sich gegenwärtig kaum fünf Kilometer vor Wilna.

•

Internationale Truppen nach Litauen?

S. **Basel**, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Korrespondent des „Espana" meldet: Der Völkerbund beabsichtigt, internationale Truppenkontingente nach Litauen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu schicken. Die diesbezüglichen Verhandlungen stehen bereits vor dem Abschluß.

Die Deutschenhetze in Böhmen

Auch am Donnerstag hielten die tschechischen Ausschreitungen in Prag an. Nachmittags drangen die tschechischen Legionäre in das Deutsche Theater ein und verlangten, daß die für den Abend angesetzte Vorstellung nicht stattfinde. Die an den Anschlagtafeln befindlichen Theaterzettel wurden heruntergerissen. Inzwischen hatte sich eine gewaltige Menschenmenge vor dem Theater angesammelt. Die Polizei schritt nicht ein, und so mußte die Vorstellung abgebrochen werden. Erst abends besetzte ein Polizeiaufgebot das Theater.

Auf dem Prager Rathaus hat der amerikanische Konsul die amerikanische Flagge hissen lassen, da der Pöbel versuchte, in das Rathaus einzudringen, in dessen Festsaale jüdische Flüchtlinge untergebracht sind. Antisemitische Kundgebungen fanden übrigens bei verschiedensten Anlässen statt. So wurde auch die alte Synagoge durch den Pöbel schwer beschädigt. Eine große Reihe alter Schriften wurde vernichtet. Die Juden verlassen in großen Mengen die Stadt.

Auch in andern Städten Böhmens betätigen sich die Tschechen als Raufbolde schlimmster Sorte. Z. B. wird aus Asch berichtet, daß Donnerstag gegen 3 Uhr morgens plötzlich die Sturmglocken geläutet wurden. Tschechische Legionäre waren in den Ort eingerückt, die das dort aufgestellte Kaiser-Joseph-Denkmal fortgeschafft hatten. Es kam zu Schießereien, wobei es einen Toten, zwei Schwer- und 21 Leichtverletzte gab.

Endlich scheint aber die tschechische Regierung sich zu energischen Maßnahmen entschlossen zu haben, denn es wird gemeldet:

Ⓢ Prag, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Donnerstag früh sind zwei frische Regimenter hier eingetroffen. Die Truppen sind kriegsmäßig ausgerüstet. In den Mittagsstunden begann die Besetzung der inneren Stadt und die Säuberung von den Plünderern. Die Regierung hofft, bis morgen die normale Lage wiederhergestellt zu haben.

Daß dies der Regierung nicht schon längst gelungen ist, beweist ihre Unfähigkeit oder ihren bösen Willen. Deshalb haben die deutschen sozialdemokratischen Senatoren eine Interpellation eingebracht, in der sie den Ministerpräsidenten fragen, ob der Rücktritt des Kabinetts, das seine völlige Unfähigkeit vor der ganzen Welt erwiesen habe, nicht angebracht erscheine.

Seine Widersprüche hat bekanntlich der Tschechenstaat mit auf die Welt gebracht; er wird nur bestehen können, wenn er ihre Wirkungen auszugleichen versteht. Die jetzige Regierung aber ist dazu nicht stark genug. Wenn aber die Widersprüche erst jetzt unter schweren Erschütterungen zutage treten, so liegt das daran, daß bis vor einem halben Jahr dieser Staat provisorisch, gleichsam unter Ausnahmezustand, regiert wurde. In der vorläufigen Volksvertretung waren die Tschechen unter sich, sie hatten Gelegenheit, zu zeigen, ob sie auch im Sinne der Befähigung das Staatsvolk ihres neuen Gemeinwesens waren. Tatsächlich hat dieses erste Parlament auf allen Gebieten nur den Willen zur Unterdrückung der Deutschen betätigt. Das Schulgesetz vernichtete 1500 deutsche Schulen, das Geldwechselgesetz verursachte den Deutschen einen Vermögensverlust von vier Milliarden, das Bodenreformgesetz sah die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes zugunsten der — tschechischen Legionäre vor; die Belästigung der deutschen Industrie ward in jeder Weise gehemmt. Während dieser ganzen Zeit hatte das Deutschtum kein Mittel, sich auf verfassungsgemäßem Wege zu wehren. Erst vor sechs Monaten erhielten die Deutschen die Möglichkeit, trotz eines für sie ungünstigen Wahlgesetzes, durch eine immerhin starke Gruppe von Abgeordneten ihre Sache in der Volksvertretung führen zu lassen. Es zeigte sich, daß ohne die Deutschen nicht zu regieren war. Gerade diese Erkenntnis aber reizte den tschechischen Nationalismus, und die Folge waren die Vorgänge in Teplitz und Eger nebst ihren gefährlichen Wirkungen auf Prag. Die Tschecho-Slowakei ist ein Nationalitätenstaat geworben wie das alte Oesterreich (Tschechen, Deutsche, Ungarn, Slowenen, Polen) und wird darunter zu leiden haben — bis die Zwangsjacke von Versailles gesprengt sein wird.

•

Das Ministerium Schober

□ **Wien**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) In dem Ministerium Schober, das sich wahrscheinlich am Sonnabend der neuen Nationalversammlung vorstellen wird, soll Dr. Egon Glanz, der Sohn des ehemaligen österreichischen Ministers, das Ministerium des Aeußern übernehmen. Im übrigen wird ein ganz unparlamentarisches und nur aus Fachministern bestehendes Kabinett gebildet werden.

•

Der Anschlußgedanke

Zu Ehren des scheidenden deutsch-österreichischen Gesandten Ludo Hartmann wurde Donnerstag abend ein Abschiedsempfang abgehalten. Neben zahlreichen Parlamentariern aller Parteien bemerkte man u. a. den Reichskanzler Fehrenbach, die Minister Koch, Dr. Simons, Dr. Heinze, Hermes, Oeser, Hänisch.

Reichstagspräsident Loebe begrüßte Hartmann als Vorkämpfer des Anschlußgedankens. Ludo Hartmann dankte dafür, daß die leitenden Stellen Deutschlands bis an die Grenze des Möglichen ihre Kraft für den Anschlußgedanken eingesetzt und daß Parlament und Presse sich ihm angeschlossen hätten. Die natürlichen Grenzen würden trotz allem sich durchsetzen. Die verlangte Staatsgemeinschaft könne nur erwachsen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes. Wir Deutsche müßten den nationalen und sozialen Gedanken durchsetzen. Unsterblich wie das deutsche Volk sei auch der Anschlußgedanke, für den das europäische Gewissen aufgerüttelt werden müsse.

Das Tiroler Landesschießen

+ **München**, 19. November. (Eig. Drahtbericht.) Seit gestern ist der Eisenbahnverkehr von Bayern aus den nach Innsbruck führenden Linien eingestellt worden, da die Eisenbahner in ganz Tirol den Generalstreik erklärt haben. Sie wollen dadurch die Feier des Landesschießens verhindern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201120/1